



Marxismus läßt sich nicht verbieten!

Solidarität mit dem verbotenen Kommunistischen Jugendverband Tschechiens!

Am 12.10.2006 wurde in der Tschechischen Republik der Kommunistische Jugendverband (KSM) verboten. Dieses Verbot ist rein politisch motiviert. Dem KSM wird konkret in der Verbotsbegründung vorgeworfen, daß er in seinem Programm für die Umwandlung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln in Kollektiveigentum eintritt, also die Privatisierungssorgien der letzten Jahre rückgängig machen will. Das jetzige Verbot des KSM richtet sich politisch daher nicht allein gegen eine kommunistische Jugendorganisation, sondern soll durch seine Begründung auch andere soziale und politische Initiativen und Bewegungen in Tschechien einschüchtern. Es ist daher inhaltlich auch gegen alle gerichtet, die sich in Tschechien gegen die neoliberalen „Reformen“ stellen.

Nach dem Verbot des tschechischen Kommunistischen Jugendverbandes (KSM) steht nun auch die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) auf der Abschußliste der politischen Rechten. Das konservativ dominierte Oberhaus des tschechischen Parlaments, der Senat, hat die Einberufung einer Untersuchungskommission beschlossen, die die Verfassungstreue der Partei prüfen soll. Neben der Überprüfung der Übereinstimmung von Parteizielen und Verfassung wollen die SenatorInnen zudem klären, ob die Existenz einer Kommunistischen Partei nicht prinzipiell gegen das tschechische Parteienrecht verstößt.

Jetzt ist internationale Solidarität gefragt!

Jede und jeder kann aktiv werden und gegen diese politische Hexenjagd in unserem Nachbarland protestieren! Es ist wichtig, daß sich viele Personen und Organisationen (auch diejenigen, die sich selber politisch nicht direkt auf den Marxismus beziehen) an dem Protest beteiligen. Ein Verbot kommunistischer Organisationen schwächt stets die gesamte Linke eines Landes. Das 1956 erfolgte Verbot der KPD in Westdeutschland belegt dies beispielhaft: so erfolgten allein zwischen 1956 und 1968 über 150.000 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot, davon alleine 7.000-10.000 Verurteilungen, oft zu langjährigen Haftstrafen (Zahlen nach Rolf Gößner: Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges, Berlin 1998). Auch die breite Bewegung gegen die Remilitarisierung wurde damit durch Adenauer gezielt kriminalisiert und der Weg bereitet für den Beitritt Westdeutschlands in die NATO.

Rote Hilfe e.V.

Ortsgruppe Greifswald
c/o Klex, Lange Straße 14, 17489 Greifswald
e-mail: greifswald@rote-hilfe.de



Protestschreiben bitte an die
Botschaft der Tschechischen Republik,
Wilhelmstrasse 44, 10117 Berlin
Tel.: 030-226380, Fax: 030-2294033
e-mail: berlin@embassy.mzv.cz

Anbei eine Vorlage für ein Protestschreiben. Ihr könnt das natürlich auch abändern oder selber etwas formulieren. Wichtig ist, daß die Regierung in Prag über ihre Berliner Botschaft mitbekommt, daß dieses Verbot auch in Deutschland auf Unverständnis und Ablehnung stößt.

Textvorschlag:

Sehr verehrter Herr Botschafter,

hiermit möchte ich aufs schärfste gegen das Verbot des Kommunistischen Jugendverbandes (KSM) vom 12. Oktober 2006 protestieren. Es handelt sich aus meiner Sicht um ein rein politisch motiviertes Verbot. Die Verbotsbegründung, nach der die Forderung einer Rückführung von privatisierten Produktionsmitteln zurück in den gemeinsamen öffentlichen Besitz neuerdings in der Tschechischen Republik "illegal" sein soll, widerspricht nicht nur eklatant dem geltenden Rechtssystem in der Europäischen Union, sondern auch dem Wesensgehalt einer Demokratie als solcher. Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, daß mit diesem Verbot linke KritikerInnen am neoliberalen Regierungskurs mundtot gemacht und eingeschüchtert werden sollen. Ich lehne aufs entschiedenste solcherart staatliche Repressionsmaßnahmen ab. Ich fordere die tschechische Regierung auf, das Verbot zurückzunehmen und zu einem demokratischen Umgang zurückzukehren. Ich bitte Sie, diese Stellungnahme auch an Ihre Regierung nach Prag weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Internet könnt ihr euch zusätzlich auch noch an einer Online-Petition beteiligen:

<http://www.gegen-ksm-verbot.de>

Auf dieser Internetseite werden auch stets die aktuellsten Meldungen zur Soli-Kampagne in deutscher Sprache zu finden sein.

Die Rote Hilfe e.V. hat ein bundesweites Soli-Konto für die Verteidigung des KSM eingerichtet und bittet um Spenden:



**Solidarität
ist eine Waffe!
Schafft Rote Hilfe!**

**Rote Hilfe Greifswald
Konto 400 723 83 07
BLZ 430 609 07
GLS-Bank
Stichwort: "KSM-Soli"**

V.i.S.d.P: Helen Ernst, Ernst-Thälmann-Ring 44, 17491 Greifswald